

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Susanne Graf (PIRATEN)

vom 29. August 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. August 2012) und **Antwort**

Sicherungsverwahrung im Land Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen befinden sich zur Zeit (Stichtag ist der 31.07.2012) aufgrund einer angeordneten Sicherungsverwahrung in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin?

Zu 1.: Zum Stichtag 31.07.2012 waren 38 Personen aufgrund einer angeordneten Sicherungsverwahrung im Justizvollzug des Landes Berlin untergebracht.

2. Wie viele Personen sind zur Zeit (Stichtag ist der 31.07.2012) auf Grundlage des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) weiterhin in geschlossenen Einrichtungen des Landes Berlin untergebracht?

Zu 2.: Zum Stichtag 31.07.2012 war auf der Grundlage des Therapieunterbringungsgesetzes keiner in einer geschlossenen Einrichtung des Landes Berlin untergebracht.

3. Welche Straftaten mit welchem Strafmaß lagen den jeweiligen Unterbringungen nach 1. und 2. zu Grunde? (Bitte Einzelauflistung für jede Person mit den jeweils zur Verurteilung geführten Straftaten und der Höhe des Strafmaßes)

Zu 3.: Die Angaben beziehen sich auf die zu 1. untergebrachten Personen:

	Delikt	Strafmaß der verbüßten Freiheitsstrafe
1.	sexuelle Nötigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung	9 Jahre
2.	Vergewaltigung in Tateinheit mit Körperverletzung	6 Jahre
3.	schwerer sexueller Missbrauch eines Kindes	4 Jahre und 9 Mon.
4.	sexuelle Nötigung	13 Jahre und 6 Mon.
5.	schwerer Raub in Tateinheit mit Körperverletzung	12 Jahre
6.	Vergewaltigung	7 Jahre und 3 Mon.
7.	Vergewaltigung in 3 Fällen	7 Jahre und 6 Monate
8.	schwere räuberische Erpressung	9 Jahre
9.	sexuelle Nötigung pp.	6 Jahre
10.	Gefährliche Körperverletzung	6 Jahre und 6 Monate
11.	Vergewaltigung pp.	7 Jahre und 6 Monate
12.	schwerer Raub	7 Jahre und 4 Monate
13.	Vergewaltigung	9 Jahre
14.	Erpressung und Mord	15 Jahre
15.	schwerer Raub in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung	5 Jahre und 6 Monate
16.	Vergewaltigung, sexueller Missbrauch pp.	9 Jahre und 6 Monate
17.	besonders schwere Vergewaltigung	5 Jahre
18.	Vergewaltigung	10 Jahre

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
 Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

	Delikt	Strafmaß der verbüßten Freiheitsstrafe
19.	sexueller Missbrauch von Kindern pp.	7 Jahre und 6 Monate
20.	schwerer Missbrauch	6 Jahre und 6 Monate
21.	gefährliche vorsätzliche Körperverletzung	6 Jahre
22.	schwerer sexueller Missbrauch	2 Jahre und 6 Monate
23.	Totschlag sexueller Nötigung versuchte Körperverletzung	15 Jahre
24.	versuchte Vergewaltigung	6 Jahre und 6 Monate
25.	Raub pp.	3 Jahre und 10 Monate
26.	versuchter Totschlag	7 Jahre und 6 Monate
27.	Vergewaltigung	8 Jahre
28.	sexueller Missbrauch Schutzbefohlener	5 Jahre und 9 Monate
29.	Vergewaltigung in Tateinheit mit Körperverletzung	7 Jahre
30.	Vergewaltigung, sexuelle Nötigung	10 Jahre
31.	versuchter Mord	10 Jahre
32.	Vergewaltigung in Tateinheit mit Körperverletzung	5 Jahre und 6 Monate
33.	Vergewaltigung	8 Jahre und 9 Monate
34.	Vergewaltigung pp.	10 Jahre und 2 Wochen
35.	Mord, Raub	13 Jahre
36.	Raub, Körperverletzung	5 Jahre
37.	sexueller Missbrauch von Kindern	2 Jahre und 8 Monate
38.	Totschlag sexuelle Nötigung versuchte Körperverletzung	15 Jahre

4. Welche Kosten entstehen durch die Beantwortung dieser kleinen Anfrage?

Zu 4.: Eine konkrete Aufschlüsselung der Kosten ist nicht möglich.

5. Aufgrund welcher Datensätze bzw. Unterlagen wurden die vorstehenden Fragen beantwortet und inwieweit wäre es möglich, diese (ggf. in aufbereiteter Form) auf dem Berliner Open-Data-Portal einzustellen und fortlaufend zu aktualisieren?

Zu 5.: Die Grundlage der Daten sind die Vollstreckungsunterlagen der Staatsanwaltschaft Berlin bzw. die Sicherungsverwahrten-Akten. Einer fortlaufend aktualisierten Veröffentlichung stehen aus hiesiger Sicht erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken entgegen.

Eine Einstellung dieser Daten in das Open-Data-Portal des Landes Berlin wird derzeit nicht erwogen.

Berlin, den 18. September 2012

Thomas Heilmann
Senator für Justiz und
Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Sep. 2012)